

DOKUMENTATION

DEMOGRAPHISCHER WANDEL – GEBURTENRATEN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH*

Die Bevölkerung in Deutschland wird in den nächsten Dekaden schrumpfen und altern. Die mittleren Varianten verschiedener Bevölkerungsprojektionen gehen von einem Rückgang um über 12 Millionen auf rund 70 Millionen Einwohner im Jahr 2050 aus. Das Medianalter in der Bevölkerung wird gleichzeitig von heute 40 auf etwa 50 Jahre steigen. Die demographische Entwicklung hängt von der Fertilität, der Mortalität und der Zuwanderung ab. Aber selbst ein Zuwanderungsüberschuss in Höhe von 200.000 Personen pro Jahr würde bei weitem nicht ausreichen, die Auswirkungen der steigenden Lebenserwartung und der seit fast 30 Jahren konstant niedrigen Geburtenraten auszugleichen. Eine Analyse zeigt, dass sich hinter den stabilen Geburtenraten in Deutschland die Familienstrukturen deutlich verschieben. Im Gegensatz zu anderen Industrieländern ist hier eine Polarisierung zu beobachten. Einerseits nimmt der Anteil der Familien mit nur einem Kind ständig ab, und der Anteil der Frauen, die zeitlebens keine Kinder gebären, ist mit 26 Prozent auf weltweit einmalige Höhen gestiegen. Andererseits wird der dadurch ausgelöste Geburtenrückgang durch eine höhere Anzahl von Kindern in Großfamilien gemildert.

iw-trends

In Deutschland deuten alle Anzeichen darauf hin, dass die Gesellschaft in den nächsten Jahrzehnten stark schrumpfen und dabei altern wird: Statt der derzeit 82,3 Millionen werden im Jahr 2050 nur noch rund 70 Millionen Menschen in der Bundesrepublik leben und damit etwa so viele wie in den fünfziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Das Medianalter, welches die Bevölkerung in zwei Hälften teilt, wird dabei von heute 40 auf über 50 Jahre gestiegen sein. Zu diesem Ergebnis kommen die mittleren Varianten von vier voneinander unabhängigen Bevölkerungsprojektionen, welche das Statistische Bundesamt, das Institut für Bevölkerungsforschung (IBS), das

Problemstellung

* Diese Studie ist Teil des Forschungsprogramms des Roman Herzog Instituts.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und die Vereinten Nationen (UN) erstellt haben. Aus dem dort dokumentierten demographischen Wandel ergeben sich enorme Herausforderungen für die Politik, denn viele Systeme des deutschen Sozialstaates und des Wirtschaftslebens wurden für eine wachsende oder zumindest stabile Bevölkerung konzipiert (Berke/Börsch-Supan u. a., 2002).

Im Folgenden werden zunächst die Determinanten der Bevölkerungsentwicklung dargestellt. Abweichende Bevölkerungsprognosen sind auf unterschiedliche Erwartungen bezüglich der zukünftigen Entwicklung dieser Bestimmungsfaktoren zurückzuführen. Unter diesen kommt der Fertilitätsentwicklung eine wichtige Rolle zu. Deshalb wird abschließend überprüft, wie sich die Fruchtbarkeit und vor allem die Familienstrukturen in der Vergangenheit entwickelt haben und inwieweit Deutschland hier im internationalen Vergleich einen Sonderfall darstellt.

Methoden der Bevölkerungsprognosen

Die weitgehende Einigkeit der Forschungsinstitute über die künftige demographische Entwicklung liegt in den Besonderheiten der Bevölkerungsprojektionen begründet. Demographische Vorhersagen haben gegenüber anderen Wirtschaftsprognosen den Vorzug, dass sie stark von den Entwicklungen in der Vergangenheit abhängen und sich die Haupteinflussgrößen im Zeitablauf nur langsam verändern. Sie sind daher wesentlich treffsicherer als andere Prognosen. Die Größe und Altersstruktur einer Gesellschaft wird hauptsächlich durch

1. Geburtenraten,
2. Sterberaten beziehungsweise die Lebenserwartung und
3. die Zahl der Ein- und Auswanderer bestimmt.

Um eine Bandbreite der möglichen Entwicklungen abzuschätzen, rechnen die Forschungsinstitute in ihren Projektionen mehrere Szenarien mit verschiedenen Ausprägungen dieser Haupteinflussgrößen durch. Wichtige Informationen über die künftige Entwicklung gewinnen die Demographen zudem aus der Gestalt der heutigen Bevölkerungspyramide. Geht man davon aus, dass etwa die Hälfte der Bevölkerung im Jahr 2050 über 50 Jahre alt sein wird, so ist auch die Hälfte der Menschen, welche dann leben werden, bereits heute geboren. Damit liegt beispielsweise auch der Umfang der künf-

tigen Müttergeneration fest. Wechsel im Trend der Bevölkerungsentwicklung sind deshalb in ihrer Art träge. Wenn die Elterngeneration deutlich weniger Kinder bekommt, als für eine Erhaltung der Bevölkerungszahl notwendig ist, so schrumpft die Gesellschaft lange Zeit, selbst wenn später wieder genügend Kinder geboren werden, um die Elterngeneration zu ersetzen. Die in einer Generation nicht geborenen Mädchen fehlen in der Zukunft als Mütter.

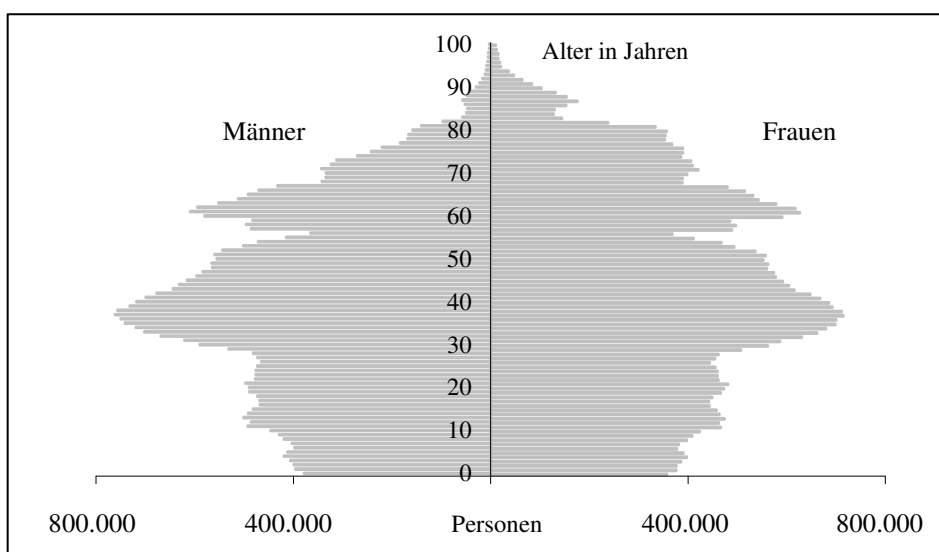
In Deutschland liegen die Geburtenraten seit 1972 unter dem zur Bestandserhaltung notwendigen Niveau von 210 Kindern pro 100 Frauen. Um die Elterngeneration vollständig zu ersetzen, muss diese Fertilitätsrate erzielt werden, da einige Geborene vor dem Erreichen des gebärfähigen Alters sterben und generell mehr Jungen als Mädchen auf die Welt kommen. Bei der zu geringen Geburtenrate in Deutschland wird der Sockel der Bevölkerungspyramide ständig dünner. Durch die steigende Lebenserwartung und das Älterwerden der Babyboomer-Generation, die in den frühen sechziger Jahren geboren wurde, verlängert und verbreitert sich gleichzeitig die Spitze, so dass der Bevölkerungsaufbau kopflastig wird und immer mehr die Form einer Urne annimmt (Abbildung 1).

Demographische Ausgangslage

Abbildung 1

Alterspyramide in Deutschland

- Personen nach Alter am 1. Januar 2002 -



Quelle: Statistisches Bundesamt.



Im Folgenden werden die drei Determinanten der Bevölkerungsentwicklung genauer betrachtet. Dabei wird sowohl auf die Vergangenheit als auch auf die erwartete Entwicklung in den nächsten Dekaden eingegangen.

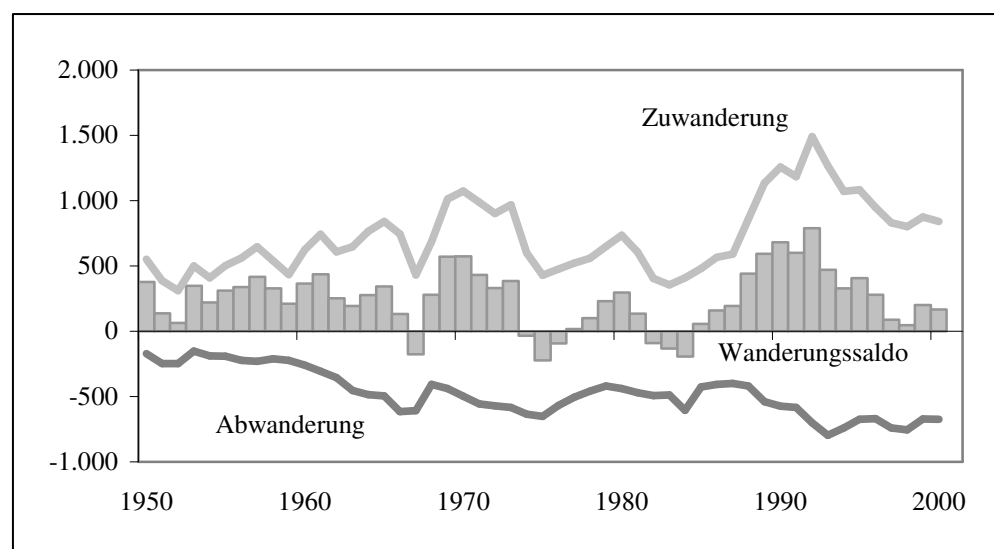
Migration

Seit Beginn der siebziger Jahre sterben in Westdeutschland jedes Jahr mehr Menschen, als geboren werden. Die absolute Bevölkerungszahl ist trotzdem bis heute ständig gestiegen, da das Geburtendefizit durch eine hohe Zuwanderung mehr als ausgeglichen wurde. Die Wanderungsbewegungen sind allerdings die unsicherste Einflussgröße in den Bevölkerungsprognosen, da sie stark von den politischen Verhältnissen und administrativen Rahmenbedingungen in den beteiligten Ländern abhängen. So erreichte die Nettozuwanderung (Zuwanderung abzüglich Abwanderung) nach Deutschland nach der Öffnung des Eisernen Vorhanges und im Zusammenhang mit dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien mit 788.000 Menschen im Jahr 1992 ihr höchstes Niveau (Deutscher Bundestag, 2002, 48 ff.). In den folgenden Jahren zogen viele Flüchtlinge wieder aus Deutschland weg, und ein weiterer Zustrom von Einwanderern wurde durch neue Asylgesetze eingeschränkt. Im Jahr 2001 kamen 167.000 Menschen mehr nach Deutschland, als fortzogen (Abbildung 2).

Abbildung 2

Migration

- Ab- und Zuwanderung von und nach Deutschland in 1.000 Personen -



Quelle: Statistisches Bundesamt.

Die Erwartungen der Forschungsinstitute über die künftige Nettoeinwanderung liegen zwischen 100.000 und 300.000 Personen pro Jahr. Diese Annahmen scheinen realistisch, da sich einerseits in der öffentlichen Meinung kein Stimmungsumschwung zu einer offeneren Einwanderungspolitik abzeichnet, andererseits fast alle Industriestaaten niedrige Geburtenraten aufweisen und auf Zuwanderung angewiesen sind. Außerdem gehen auch die Geburtenzahlen in den Entwicklungs- und Transformationsländern zurück. Damit könnte sich die Migration auf Staaten aus nicht westlich geprägten Kulturkreisen verengen, was die Integration der Einwanderer weiter erschweren dürfte.

- Das Statistische Bundesamt geht in seinen Berechnungen von einer Nettozuwanderung von 100.000 und einer von 200.000 Personen pro Jahr aus. Darüber hinaus wird noch eine Prognose ohne Migration ausgewiesen, um die Dimension des Geburtenrückgangs sichtbar zu machen (Statistisches Bundesamt, 2000).
- Die Vereinten Nationen nehmen an, dass in den kommenden 50 Jahren im Durchschnitt jährlich 180.000 Menschen mehr in die Bundesrepublik einwandern, als fortziehen (UN, 2001).
- Das Institut für Bevölkerungsforschung variiert die Höhe der Nettozuwanderung von 150.000, 225.000 und 300.000 Personen und weist ebenfalls eine Nullvariante aus (Birg u. a., 1998).
- Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung nimmt einen Zuwanderungssaldo von 139.000 und 265.000 Personen an (Schulz, 1999).

Bei allen Varianten ist sicher, dass die Zuwanderung in Zukunft nicht mehr ausreichen wird, den Rückgang der Bevölkerung zu verhindern. In den kommenden Jahren werden die zahlenmäßig großen Müttergenerationen der Babyboomer das gebärfähige Alter verlassen. Derzeit sind bereits Frauenjahrgänge in ihrer fruchtbaren Phase, welche zahlenmäßig deutlich kleiner sind als die vorherige Generation. Die seit 30 Jahren stabil niedrigen Geburtenraten von 140 Kindern pro 100 Frauen zeigen ihre Wirkung. Um das Ausmaß des erwarteten Bevölkerungsrückgangs zu veranschaulichen, haben die Vereinten Nationen in einer weiteren Studie berechnet, wie hoch die jährliche Nettozuwanderung sein müsste, um bei einer leicht erhöhten Geburtenrate von 170 Kindern pro 100 Frauen die Bevölkerungszahl stabil zu halten (UN, 2000). Demnach müssten jährlich 324.000 Menschen mehr zu-

als abwandern. Selbst mit dieser Migration, welche Integrationsprobleme mit sich bringen und deutlich über dem Durchschnitt der letzten Jahrzehnte liegen würde, könnte die heutige Altersstruktur nicht erhalten werden. Dieser Aspekt ist vor allem für die Zukunft der Sozialsysteme wichtig, weil sich eine ältere Gesellschaft etwa beim umlagefinanzierten Rentensystem in einem veränderten Verhältnis von Beitragszahlern zu Rentenempfängern auswirkt. Um das Verhältnis von Menschen im erwerbsfähigen Alter zu Rentnern bis zum Jahr 2050 stabil zu halten, müssten nach den Vereinten Nationen seit 1995 jedes Jahr 3,4 Millionen Menschen mehr nach Deutschland zuwandern, als von dort abwandern. Dies ist eine utopische Zahl, welche aber deutlich macht, wie unausweichlich die Alterung bereits heute ist.

Mortalität

Die zweite Einflussgröße der Bevölkerungsentwicklung ist die Mortalität. Sie beeinflusst die Gestalt der Bevölkerungspyramide über die Säuglings- und Kindersterblichkeit sowie über die Alterssterblichkeit, die mit der Lebenserwartung gemessen wird.

Während zu Beginn des demographischen Wandels im 19. Jahrhundert der Rückgang der hohen Sterberaten von Säuglingen einen wesentlichen Einfluss auf die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland hatte, spielt die Kindersterblichkeit angesichts der großen Fortschritte in der Medizin heute kaum noch eine Rolle. Hingegen wirkt sich die ständig steigende Lebenserwartung auf die Bevölkerungspyramide aus: Während immer weniger Kinder auf die Welt kommen, werden die Menschen immer älter, so dass die Gesellschaft von zwei Seiten her altert. In den letzten zehn Jahren stieg die Lebenserwartung eines Neugeborenen um etwa zwei Jahre an (Tabelle 1). Obwohl es bisher medizinisch nicht nachgewiesen wurde, gehen viele Forscher davon aus, dass es ein „natürliches“ Höchstalter der Menschen gibt. Daher setzen sie den künftigen Zuwachs an Lebenserwartung geringer an, als dies aus den Daten der Vergangenheit zu erwarten wäre:

- Das Statistische Bundesamt geht in drei seiner vier Szenarien für das Jahr 2050 von einer im Vergleich zu heute nur um vier Jahre gestiegenen Lebenserwartung von 78,1 Jahren für Jungen und von 84,5 Jahren für Mädchen aus. Lediglich in einer Variante werden diese Werte auf 80,1 beziehungsweise 86,4 Jahre heraufgesetzt.

- Auch das DIW nimmt in seinen zwei Szenarien ähnliche Werte wie das Statistische Bundesamt an: 75,5 beziehungsweise 81,4 Jahre für Männer und 81,7 beziehungsweise 86,4 Jahre für Frauen.
- Die Vereinten Nationen rechnen mit 80,7 Jahren für Jungen und 86,2 Jahren für Mädchen.
- Die Studie des IBS erhöht diese Werte hingegen deutlich und rechnet mit Werten für Jungen zwischen 81 und 87 Jahren und für Mädchen zwischen 87 und 93 Jahren.

Tabelle 1

Lebenserwartung in Deutschland

- Lebenserwartung bei Geburt in Jahren -

Abgekürzte Sterbetafel	Jungen	Mädchen
1871/1880	35,6	38,5
1901/1910	44,8	48,3
1924/1926	56,0	58,8
1932/1934	59,9	62,8
1949/1951	57,7	64,6
1958/1960	66,8	72,4
1968/1970	67,2	73,4
1978/1980	69,6	76,3
1988/1990	72,6	79,0
1998/2000	74,8	80,8

Quelle: Statistisches Bundesamt.



Die Erhöhung der Lebenserwartung wirkt sich vor allem auf das Verhältnis der Generationen untereinander aus: Im Jahr 2000 waren 22,3 Prozent der deutschen Bevölkerung Kinder und Jugendliche im Alter unter 20 Jahren und 23,6 Prozent Ältere über 60 Jahre. Auf 100 Menschen im derzeit üblichen Erwerbsalter zwischen 20 und 60 Jahren kamen 43,6 Personen über 60 Jahre. Im Jahr 2050 wird sich dieses Verhältnis drastisch verändert haben. Dann werden nach den verschiedenen Varianten der Institute auf 100 Menschen im Alter zwischen 20 und 60 Jahren zwischen 75 und 102 Personen über 60 Jahre kommen. Dieser so genannte Altenquotient verdeutlicht die Probleme, die auf die Sozialsysteme zukommen. Dabei ist noch zu bedenken, dass nur ein Teil der Menschen im erwerbsfähigen Alter auch tatsächlich erwerbstätig ist und damit Steuern und Sozialabgaben entrichtet. Die

Belastung der erwerbsfähigen Bevölkerung ist zudem größer, als dies der Altenquotient signalisiert, da auch die Altersgruppe von 0 bis 20 Jahre größtenteils von dieser alimentiert wird. Der entsprechende Belastungsquotient steigt ebenfalls an. Während heute 100 Menschen im Alter von 20 bis 60 Jahren 85 Personen der Altersgruppen von 0 bis 20 und über 60 Jahre gegenüberstehen, werden es in 50 Jahren je nach Szenario 110 bis 135 Personen sein.

Fertilität

Die letztlich treibende Kraft der Bevölkerungsentwicklung ist die Fruchtbarkeit der Bevölkerung. Wie oben erläutert, geht der demographische Wandel auf die immer kleiner werdenden Müttergenerationen zurück, weil seit 30 Jahren die Geburtenraten unter dem Bestandserhaltungsniveau liegen (Abbildung 3). Derzeit belaufen sie sich in Westdeutschland auf 140 Kinder und 108 Kinder je 100 Frauen in Ostdeutschland. Um die Elterngeneration zu ersetzen, müssten von 100 Frauen etwa 210 Kinder geboren werden. Bevölkerungswissenschaftler gehen derzeit nicht davon aus, dass diese Geburtenraten in Deutschland bis zum Jahr 2050 wieder erreicht werden. So wird diese Variante meist nur als Orientierungsmarke berechnet, um den Abstand zum demographisch stabilen Niveau darzustellen:

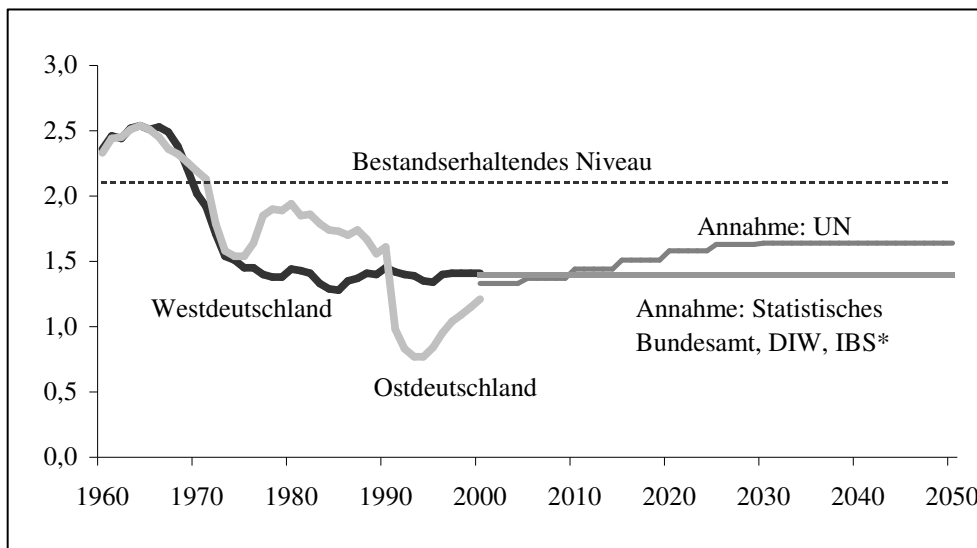
- Das Statistische Bundesamt geht in seiner Berechnung mittelfristig von einer Geburtenrate von durchschnittlich 1,4 Kindern pro Frau aus. Um diesen Wert schwankt die westdeutsche Geburtenrate seit fast 30 Jahren.
- Das DIW differenziert zwischen der Geburtenrate von deutschen Frauen, die es konstant bei 1,3 ansetzt, und von ausländischen Frauen, welche eine leicht höhere Rate von 1,53 aufweisen.
- Auch das IBS hält 1,4 für einen realistischen gemischten Wert bei unveränderten politischen Rahmenbedingungen, setzt aber auch noch 1,6 als Alternative bei einer positiven Beeinflussung der Rate durch eine familienfreundlichere Politik an. Darüber hinaus demonstriert das IBS den Abstand zum stabilen Niveau mit mehreren Szenarien, denen eine Geburtenrate auf dem Reproduktionsniveau von 2,1 zugrunde liegt.
- Die Vereinten Nationen erwarten, dass sich mittelfristig eine Rate von knapp 1,7 einstellen wird. Die Vermutung einer künftig wieder steigenden Geburtenrate wird darauf gegründet, dass die aktuelle politische Diskussion zu positiveren Bedingungen für Familien und besonders für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie führen könnte.

Der Einfluss unterschiedlich hoher Geburtenraten auf die Prognose ist beachtlich: Zum Beispiel führen in den verschiedenen Szenarien des IBS die unterschiedlichen Annahmen über die Fertilität zwischen Werten von 1,4 und 2,1 zu einer Bevölkerungsdifferenz im Jahr 2050 von 14 Millionen, die Variation der Lebenserwartung um maximal sechs Jahre hingegen nur zu einer Differenz von 5 Millionen Menschen.

Abbildung 3

Geburtenraten in Deutschland

- Anzahl der Kinder je Frau -



* Niedrigste Variante.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Statistische Jahrbücher der DDR; UN; DIW; IBS.



Aus den erläuterten unterschiedlichen Annahmen der zitierten Institute über die Entwicklung der Migration, Mortalität und Fertilität lässt sich nun ein Erwartungskorridor für die Entwicklung bis zum Jahr 2050 zeichnen. Da die zusammengefasste Geburtenrate in den vergangenen 30 Jahren nahezu stabil auf dem Niveau von 1,4 geblieben ist, wird dieser Wert auch für die Zukunft angenommen, da sich bislang kein grundlegender Wandel in der Familienpolitik oder im Wertesystem abzeichnet. Für die Lebenserwartung wird eine vergleichbare Zunahme wie in den vergangenen Jahrzehnten unterstellt, im Szenarienvergleich werden eher höhere Werte erwartet. Die Annahme über die in der Vergangenheit stark schwankenden Wanderungsströme ist äußerst schwierig festzulegen, zumal sich fast sämtliche Industrienationen einer Alterung und Schrumpfung gegenübersehen und ein Konkurrenzkampf um die

Mittleres Szenario

verbleibenden, möglichst qualifizierten Einwanderer stattfinden könnte. Werte von 150.000 bis 200.000 Einwanderern pro Jahr scheinen zum jetzigen Zeitpunkt realistisch zu sein. Verschiedene Szenarien der Forschungsinstitute erfüllen die hier genannten Anforderungen. Beispielhaft sei hierzu die Variante 2a der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes mit folgenden Parametern genannt:

- Die Geburtenrate bleibt bei einem Wert von 1,4 Kindern pro Frau.
- Die Lebenserwartung bei Geburt steigt auf 80,1 Jahre bei Jungen beziehungsweise 86,4 Jahre bei Mädchen.
- Der Wanderungssaldo beträgt 200.000 Personen pro Jahr.

Nach diesem Szenario wird die Bevölkerung in Deutschland bis zum Jahr 2050 auf 71,6 Millionen Menschen schrumpfen. Die Gesellschaft wird außerdem stark altern. Das Medianalter wird von 40,1 auf 51 Jahre steigen und der Altenquotient der über 60-Jährigen zu den 20- bis 60-Jährigen bei 79,8 liegen. Auf 100 Personen im Alter zwischen 20 und 60 Jahren werden damit 114 Menschen kommen, die unter 20 und über 60 Jahre alt sind. Auf die Gesundheits- und Pflegesysteme könnten weitere Herausforderungen zukommen, denn der Anteil hochbetagter Menschen steigt: Statt 3,7 Prozent werden dann 12,6 Prozent der Bevölkerung über 80 Jahre alt sein.

Da der Geburtenrückgang die eigentliche Triebkraft hinter dem demographischen Wandel ist, werden im Folgenden die Gründe für die Fertilitätsentwicklung und die Veränderung der Familienstrukturen analysiert. Zuvor wird die Fertilitätssituation in einigen ausgewählten Ländern und Regionen erläutert.

Internationaler Vergleich

Obwohl kein Industriestaat noch eine Fertilität deutlich oberhalb des Bestandserhaltungsniveaus aufweist, führen die Unterschiede zwischen den Geburtenraten doch zu deutlich divergierenden Geschwindigkeiten, mit denen sich der Bevölkerungsrückgang vollzieht. Bereits heute nehmen die Bevölkerungszahlen in den osteuropäischen Transformationsländern und Russland ab. Japan wird ab dem Jahr 2010 schrumpfen, für die Europäische Union erwarten die Vereinten Nationen den Rückgang ab dem Jahr 2010. Selbst in China wird die Ein-Kind-Politik ab dem Jahr 2040 zu abnehmenden Bevölkerungszahlen führen. In der Europäischen Union sind neben Deutschland am stärksten Italien und Spanien betroffen, deren Bevölkerungszahlen

schon ab dem Jahr 2005 sinken werden. Frankreich wird dagegen nach Berechnungen der Vereinten Nationen aus dem Jahr 1998 erst ab 2035 schrumpfen. Der Anstieg der französischen Fertilitätsraten in den vergangenen drei Jahren könnte diese Entwicklung sogar noch verhindern (Aglietta/Blanchet/Héran, 2002).

Mit der Osterweiterung der EU werden in den kommenden Jahren zwar jüngere, aber nachwuchsarme Gesellschaften in die Gemeinschaft aufgenommen werden (Eurostat, 2001b). Während die Fertilitätsraten von Malta und Zypern noch über dem Durchschnitt der EU liegen, haben unter anderem die wirtschaftliche Unsicherheit und ein höheres durchschnittliches Gebäralter bei den zehn osteuropäischen Beitrittskandidaten zu den weltweit niedrigsten Fertilitätsraten geführt. So liegen die Geburtenraten der Transformationsländer in der Bandbreite zwischen 1,18 (Tschechien) und 1,37 (Polen) und damit deutlich unter dem Durchschnitt der Europäischen Union von 1,45 Kindern pro Frau (Abbildung 4). Nur Tschechien weist einen geringfügig positiven Wanderungssaldo auf, alle anderen Länder verlieren jährlich noch zusätzlich Einwohner durch Abwanderung (Eurostat, 2001b). In Osteuropa hat daher die Schrumpfung der Bevölkerung bereits Mitte der neunziger Jahre eingesetzt.

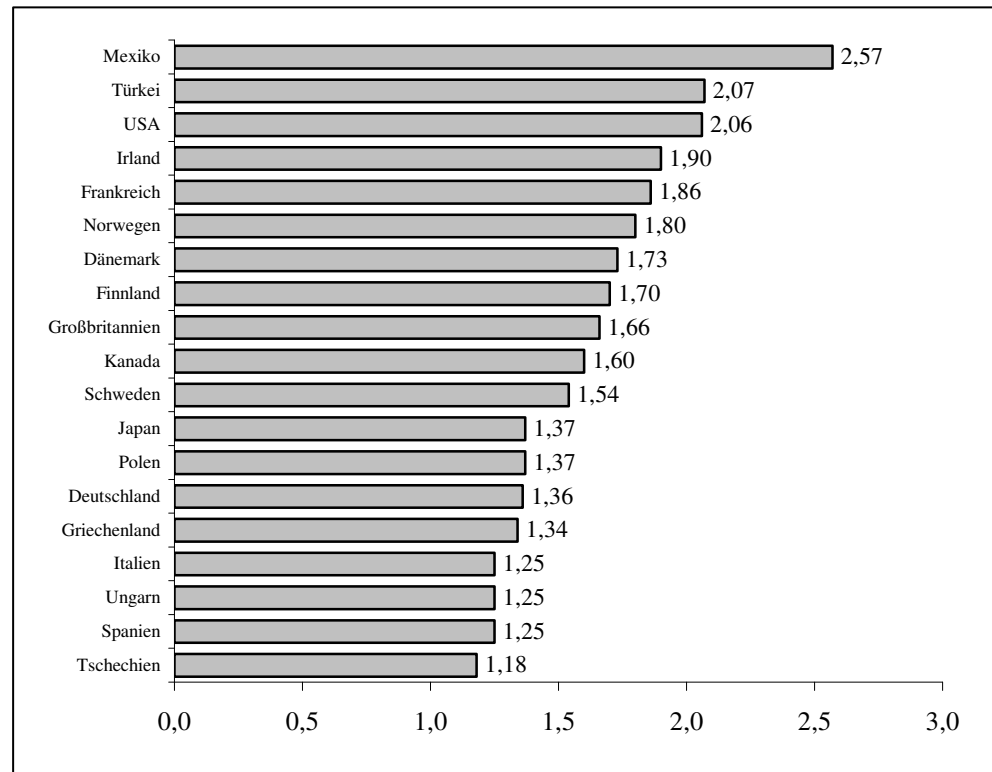
Ein Sonderfall unter den Industrieländern sind die Vereinigten Staaten von Amerika, welche aus der Kombination vergleichsweise hoher Geburtenraten und hoher Migration auch in Zukunft weiter wachsen und aller Voraussicht nach mit annähernd 400 Millionen Einwohnern in den kommenden Dekaden die schrumpfende Europäische Union als bevölkerungsreichsten westlichen Wirtschaftsraum überholen werden (U.S. Bureau of the Census, 1996). Obwohl in den USA Mütter im Arbeitsleben wesentlich weniger Schutz genießen als in Europa, lag die zusammengefasste Geburtenrate im Jahr 2002 dort bei 2,06 und damit praktisch auf dem Reproduktionsniveau (U.S. Bureau of the Census, 2003). Dabei ist die Familienplanung der Amerikaner verschiedener Herkunft deutlich unterschiedlich. Den größten Anteil zum anhaltenden Wachstum tragen die Hispano-Amerikaner bei, welche Geburtenraten von etwa 3,0 Kinder pro Frau aufweisen. Schwarz-Amerikaner haben 2,3 Kinder pro Frau, die amerikanischen Ureinwohner etwa 2,1. Auch Amerikaner asiatischer Herkunft und Weiße haben mit 1,9 beziehungsweise 1,8 Kindern pro Frau deutlich mehr Nachwuchs als die meisten Europäer. Die Ten-

denz zur Kinderlosigkeit macht sich aber inzwischen auch unter amerikanischen Frauen bemerkbar, vor allem unter den sehr gut verdienenden (Paul, 2001).

Abbildung 4

Fertilitätsraten im internationalen Vergleich

- Anzahl der Kinder je Frau im Jahr 2002 -



Quelle: U.S. Bureau of the Census.

Gründe für den Fertilitätsrückgang

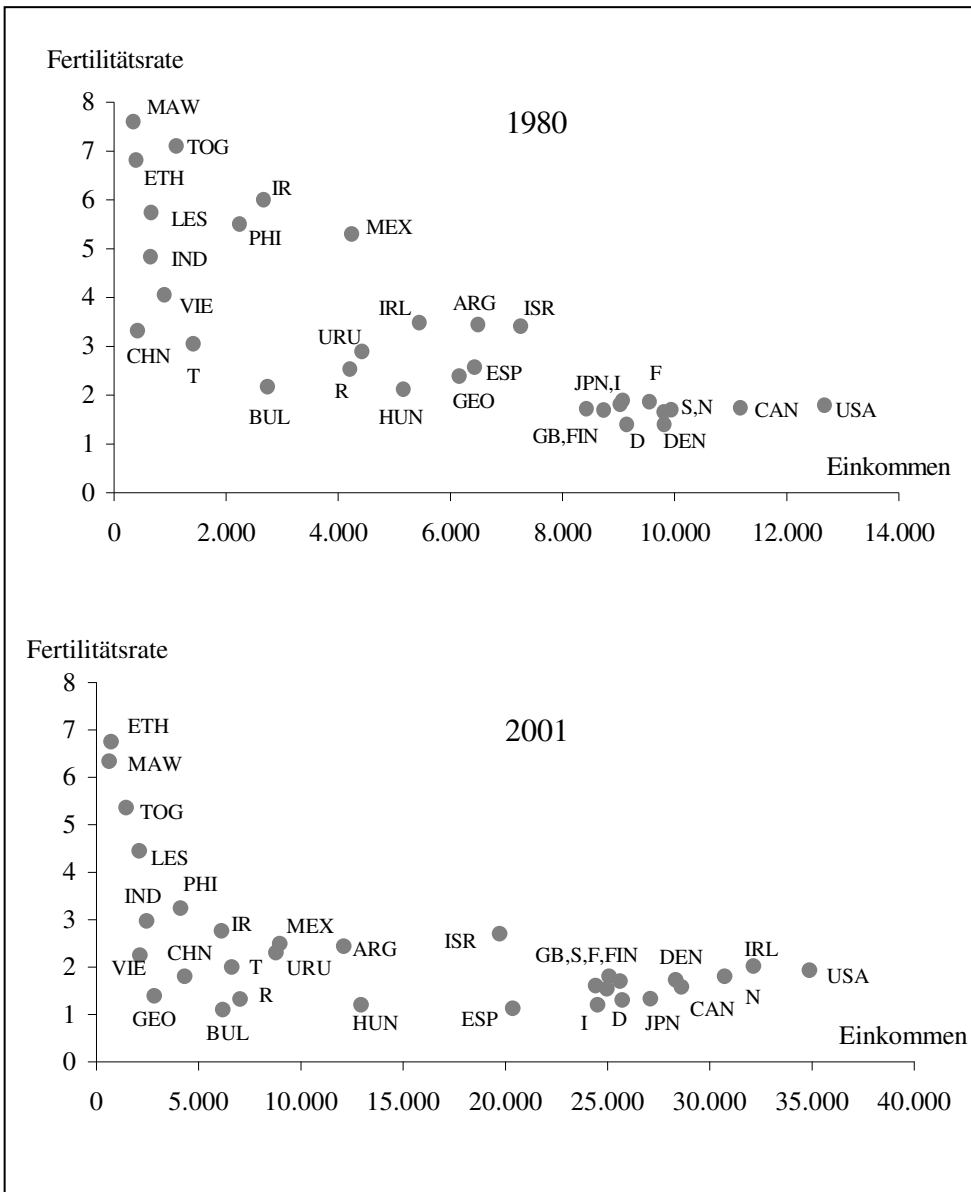
Die Gründe für den Fertilitätsrückgang sind vielfältig. Es gibt bislang keine umfassende Theorie für den Geburtenrückgang, sondern lediglich viele einzelne Ansätze (für einen Überblick siehe Van de Kaa, 1997). Bei weniger entwickelten Ländern werden vor allem das Bildungsniveau, der Grad der Emanzipation der Frau und die Verfügbarkeit von Verhütungsmitteln als Haupteinflussgrößen der Fertilität angeführt (UN, 1998). Bisher schien die Höhe der Geburtenraten vor allem den Entwicklungsstand eines Landes widerzuspiegeln. So war zu Beginn der sechziger Jahre die Welt noch klar in entwickelte Regionen mit Geburtenraten um 2,7 und unterentwickelte Regionen mit Geburtenraten von mehr als 6 Kindern pro Frau unterteilt. Noch in den achtziger Jahren wiesen die Entwicklungsländer ausnahmslos sehr hohe

Fertilitätsraten auf, während die Industrieländer bereits bei Werten um oder unter dem Reproduktionsniveau angekommen waren.

Abbildung 5

Fertilität und Wohlstand 1980 und 2001

- Fertilitätsraten (Kinder je Frau) und Bruttoinlandsprodukt in Kaufkraftparitäten-Dollar je Einwohner -



ARG Argentinien. ETH Äthiopien. BUL Bulgarien. CHN China. DEN Dänemark. D Deutschland. FIN Finnland. F Frankreich. GEO Georgien. GB Großbritannien. IND Indien. IR Iran. IRL Irland. ISR Israel. I Italien. JPN Japan. CAN Kanada. LES Lesotho. MAW Malawi. MEX Mexiko. N Norwegen. PHI Philippinen. R Rumänien. S Schweden. ESP Spanien. T Thailand. TOG Togo. HUN Ungarn. URU Uruguay. USA Vereinigte Staaten von Amerika. VIE Vietnam.
 Quelle: Weltbank; UN.



Abbildung 5 zeigt dies für das Jahr 1980. Der Entwicklungsstand wird in diesem Fall dem Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung in Kaufkraftparitäten gleichgesetzt. Die Graphik dokumentiert einen überraschenden Zusammenhang: Obwohl die bessere ökonomische Situation eigentlich die Finanzierung von mehreren Kindern begünstigt, entscheiden sich Paare in wohlhabenden Ländern für immer weniger Nachwuchs. Dies gilt nicht nur im Ländervergleich, sondern auch auf der Haushaltsebene. Je höher das Haushaltseinkommen eines Paares in Deutschland ist und je höher der erreichte Bildungsabschluss, desto weniger Kinder bekommt dieses Paar (Schwarz, 1999a und 1999b). Dieser Zusammenhang wird auch als „demographisch-ökonomisches Paradoxon“ bezeichnet (Birg, 2001, 42 ff.).

Dieser scheinbare Widerspruch löst sich teilweise auf, wenn man die Beweggründe hinter der Entscheidung für Kinder analysiert. Neben individuellen Gründen wie der Weitergabe von Werten spielen sicherlich gesellschaftliche Leitbilder in Verbindung mit einem besseren medizinischen Wissen eine große Rolle. Die Abnahme der Kindersterblichkeit in entwickelten Gesellschaften kann ebenfalls mit ein Grund dafür sein, von vornherein weniger Kinder zu wünschen. Das bessere Wissen um die Empfängnisverhütung und die fortschreitende Emanzipation der Frau führten zudem Ende der sechziger Jahre in den westlichen Industriestaaten zu dem so genannten „Pillenknick“ bei den Geburten (siehe Abbildung 3).

Ökonomische Gründe

Bei der Entscheidung für oder gegen eine bestimmte Anzahl von Kindern spielen auch ökonomische Kriterien eine Rolle (Becker, 1996). Zum einen wird in entwickelten Volkswirtschaften die Organisation der Altersvorsorge von der Familie auf den Staat übertragen. In Deutschland fällt beispielsweise der erste Rückgang der Geburtenrate mit der Einführung der bismarckschen Sozialgesetze in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts zusammen. Wenn der Staat die ökonomische Sicherung im Alter organisiert, ist die Anzahl der Kinder für die finanzielle Absicherung des Ruhestandes nicht mehr wichtig, und ein Paar kann es sich „leisten“, weniger Kinder zu haben. Zum anderen steigen für die Frauen bei besseren Erwerbs- und Einkommenschancen die Opportunitätskosten der Kindererziehung: Je stärker eine Frau am Berufsleben teilnimmt und steigende Gehälter bezieht, auf desto mehr muss sie verzichten, wenn sie wegen der Kinder aus dem Berufsleben zeitweise ausscheidet. Die Opportunitätskosten sollten dabei nicht im engeren

Sinne nur als finanzielle Kosten verstanden werden. Sie beziehen sich auch auf die Einschränkungen bei den Arbeits- und Karrieremöglichkeiten sowie bei der Freizeitgestaltung. Letztlich spielen also auch hier gesellschaftliche Werte in der Abwägung für oder gegen Kinder eine entscheidende Rolle.

Die Bedeutung des Wertewandels wird auch durch die jüngsten Erhebungen der Vereinten Nationen gestützt, die belegen, dass sich der weltweite Trend zu niedrigen Fertilitätsraten beschleunigt hat, wobei der bisher deutliche Zusammenhang mit dem Entwicklungsstand eines Landes lockerer wird (Guengant, 2002). Durch diesen Befund werden auch die bisher als wesentlich angenommenen Bestimmungsgründe für die Geburtenrate in Frage gestellt: Bildungsniveau, Kindersterblichkeit, Frauenerwerbstätigkeit, Sozialsysteme oder Verstädterung scheinen zwar zu Beginn des demographischen Wandels eine Rolle zu spielen, in der so genannten „zweiten demographischen Transition“ nach Erreichen von Geburtenraten nahe dem Reproduktionsniveau aber keine hinreichende Erklärung mehr zu bieten.

Heute ist zwar festzustellen, dass die Geburtenraten weltweit stark gesunken sind – 40 Prozent aller Länder liegen bei Werten unterhalb des Bestandserhaltungsniveaus –, sich aber Staaten mit ähnlichen Geburtenraten auf völlig verschiedenen Entwicklungsniveaus befinden (siehe Abbildung 5). Neben den Industriestaaten weisen ein Sechstel der weniger entwickelten Staaten Geburtenraten nahe oder unter dem Reproduktionsniveau auf, beispielsweise Thailand oder Vietnam. Die wirtschaftlich noch schwachen osteuropäischen Transformationsländer haben die niedrigsten Geburtenraten überhaupt. Dagegen haben Länder wie Argentinien oder Israel, welche ihr Geburtenverhalten schon in den sechziger Jahren dem Reproduktionsniveau angenähert hatten, diesen Trend nicht weiter fortgesetzt. Auch innerhalb der europäischen Industriestaaten gibt es erhebliche Unterschiede: So liegen Spanien, Italien oder Deutschland bei Werten von 1,25 bis 1,4 Kinder pro Frau, während etwa Frankreich, Irland oder Finnland Geburtenraten nahe dem Reproduktionsniveau aufweisen (siehe Abbildung 4).

Im Bestreben, die unterschiedlichen Fertilitätsraten der Industrieländer zu erklären, verweisen einige Forscher vor dem Hintergrund fortschreitender Emanzipation auf die in den Industrieländern unterschiedlich stark geförderte Vereinbarkeit von Beruf und Familie (Lohkamp-Himmighofen, 1999).

*Einfluss der
Familienpolitik*

Dieser Ansatz scheint nahe liegend, ein direkter Nachweis des Einflusses dieser Art von Familienpolitik auf die Geburtenrate ist aber schwer zu führen. So haben zwar einige Länder mit einem hohen Staatseinfluss auf die familiären Rahmenbedingungen und mit staatlichen Angeboten zur Ganztagsbetreuung von Kindern auch überdurchschnittlich hohe Geburtenraten. Beispielsweise weisen einige skandinavische Länder und Frankreich Geburtenraten zwischen 1,7 und 1,9 Kinder pro Frau auf. Gleichzeitig sind aber die hohen Geburtenraten in Großbritannien, Irland und vor allem in den USA mit Werten zwischen 1,7 und 2,1 Kinder pro Frau nicht über familienfördernde Maßnahmen erklärbar. In den Vereinigten Staaten gibt es im Vergleich zur Europäischen Union kaum Schutzgesetze für Mütter, und Ganztagsbetreuungen werden überwiegend auf privater Basis organisiert. Es scheint in der Forschung daher geboten, das komplexe Zusammenspiel der unterschiedlichen Konstellationen in den einzelnen Staaten zu untersuchen und unter Beachtung soziologischer, institutioneller, historischer und wirtschaftlicher Aspekte Ländermuster herauszukristallisieren. Im Folgenden werden in einem ersten Ansatz dazu die unterschiedlichen Familienstrukturen und vor allem die Zahl kinderloser Frauen analysiert.

*Problematische
Datengrundlage*

Bei der Untersuchung der Kinderzahl eines bestimmten Frauenjahrgangs stößt man in Deutschland auf statistische Probleme: Aufgrund der derzeit gültigen Gesetze für die Erhebung amtlicher Statistiken dürfen deutsche Frauen nicht wie in anderen Ländern nach ihrer Kinderzahl befragt werden. Es werden lediglich die in der bestehenden Ehe geborenen Kinder registriert. Eine deutsche Frau kann daher bei zwei Ehen statistisch gesehen zwei „erste Kinder“ haben. Die Kinderzahl lediger Mütter wird gar nicht erfasst. Das Statistische Bundesamt weist daher keine aufgeschlüsselten Daten über die Kinderzahl von Frauen und damit auch nicht über die Kinderlosigkeit aus.

Auch die Gesamtfruchtbarkeit von Frauenjahrgängen (Kohortenfertilität), welche ihre fruchtbare Lebensphase abgeschlossen haben, werden nicht ausgewiesen, sondern nur die Fertilitätsziffern der Frauen in einem bestimmten Alter und die zusammengefasste Gesamtgeburtenrate (Total Fertility Rate, TFR). Während die Kohortenfertilität im Nachhinein das Geburtsverhalten eines Jahrgangs exakt beschreibt, ist die in der Regel verwendete TFR eine statistische Kennziffer, welche die Geburtenraten der verschiedenen Frauenjahrgänge in einem bestimmten Kalenderjahr aufrechnet: Die TFR für 2001

gibt zum Beispiel an, wie viele Kinder eine Frau im Durchschnitt gebären würde, wenn sie sich zeit ihres Lebens genau nach dem Geburtsverhalten aller Frauenjahrgänge im Jahr 2001 verhielte. Dazu werden die altersspezifischen Geburtenraten der 15- bis 45-Jährigen im Jahr 2001 aufgerechnet. Die TFR zeigt neuere Trends des Geburtsverhaltens zeitnah auf, was aber auf Kosten der ex post betrachteten Genauigkeit gehen kann. So wirkt sich beispielsweise eine Erhöhung des Gebäralters der Mutter in einer zu niedrigen TFR aus, weil die von der Mutter später geborenen Kinder in dem betrachteten Jahr nicht eingerechnet werden. Die aktuelle TFR eilt damit grundsätzlich der erst vollständig im Nachhinein messbaren Kohortenfertilität voraus: Besteht ein Trend zu späteren oder weniger Geburten, so liegt die TFR unter dieser, sinkt das Gebäralter, gilt das umgekehrte Verhältnis.

Für die hier durchgeführte Analyse wurde daher nicht das Datenmaterial des Statistischen Bundesamtes, sondern – als eine der wenigen Quellen über die Kinderzahl von Frauen – die Europäische Sozialstatistik Bevölkerung (Eurostat, 2001a) herangezogen. Diese stützt sich für Deutschland auf Analysen des Instituts für Bevölkerungsforschung Bielefeld (Birg/Flöthmann, 1996). Für die Berechnung der Zahl der Kinder pro Frau nutzte das IBS einen Datensatz aus Krankenhausstatistiken der jeweiligen gynäkologischen Abteilungen im Bezirk Westfalen-Lippe, welcher unter anderem Aufschluss über die Kinderzahl pro Frau, das Alter der Mutter, die Staatsangehörigkeit sowie den Familienstand gibt. Berechnungen des beim Statistischen Bundesamt angesiedelten Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB), welches amtliche Erhebungen des Mikrozensus mit Hilfe von statistischen Schätzverfahren auswertet, bestätigen im Wesentlichen die Aussagen des IBS, wenngleich das BiB durch die oben genannten Probleme der amtlichen Statistik die Zahl der ersten Kinder überschätzt und die der kinderlosen Frauen eher unterschätzt (Dorbritz/Gärtner, 1999, 14).

Betrachtet werden im Folgenden die Jahrgänge der Frauen von 1945 bis 1960, welche im Erhebungsjahr jeweils über 40 Jahre alt waren und ihre fruchtbare Phase bis auf statistisch nicht mehr relevante und gut schätzbare Ausnahmen abgeschlossen hatten. Die Kinder dieser Frauenjahrgänge wurden etwa zwischen 1965 und 2000 geboren. Dieser Schnitt wurde bewusst gewählt, um das Geburtsverhalten größtenteils nach Abschluss der Baby-

boomer-Phase zu betrachten, also den Zeitraum der vergangenen 30 Jahre, in dem die zusammengefasste Gesamtgeburtenrate weitgehend stabil blieb.

*Analyse der
Familienstrukturen*

Bei der Betrachtung der deutschen Familienstrukturen ist auffallend, dass sich entgegen der weit verbreiteten Meinung nicht der Trend zur Ein-Kind-Familie durchgesetzt hat. Wenn sich deutsche Frauen für Nachwuchs entscheiden, haben sie in der Regel zwei Kinder. Dies ist eine Tendenz, die sich weltweit in fast allen Industriestaaten feststellen lässt. Über zwei Drittel der Frauen zählen in den Industriestaaten zu dieser Gruppe. Auf der anderen Seite haben 26 Prozent der deutschen Frauen des Jahrgangs 1960 keine Kinder. Beim Jahrgang 1965, der bald seine fruchtbare Phase abschließt, sind es nach statistischen Schätzungen sogar 32,1 Prozent. Unter den Akademikerinnen dieses Jahrgangs war diese Quote mit 41 Prozent noch höher.

Im Vergleich mit anderen Staaten stellt die Situation in Deutschland in zweifacher Hinsicht eine Besonderheit dar:

- Deutschland hat den mit Abstand höchsten Anteil kinderloser Frauen.
- Trotz steigender Kinderlosigkeit sind die Fertilitätsraten kaum gesunken.

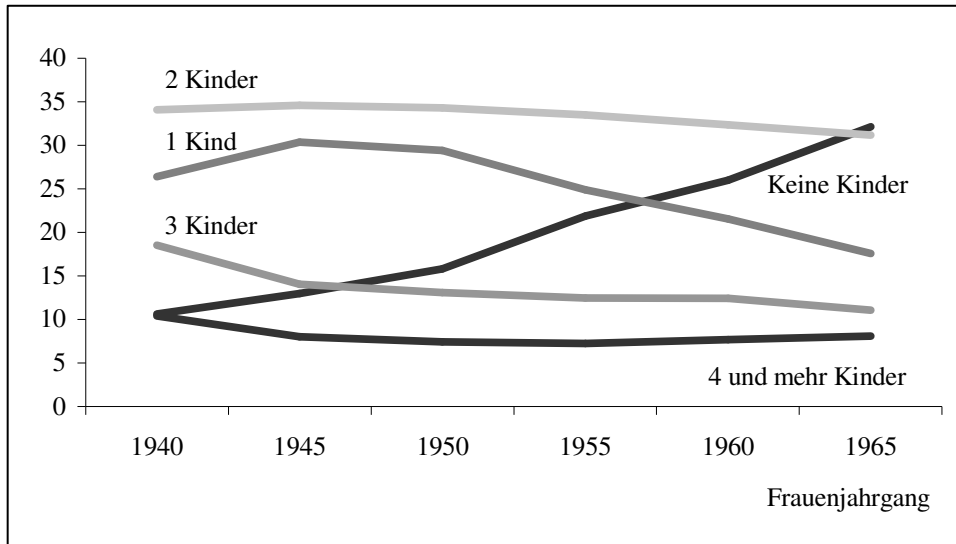
Ein Anstieg der Kinderlosigkeit lässt sich durchgängig in den westlichen Industriestaaten beobachten, allerdings fällt dieser Trend nicht überall gleich stark aus (siehe Tabelle 2). Die größte Zunahme der Kinderlosigkeit zwischen den Jahrgängen 1945 bis 1960 verzeichnet Irland, gefolgt von Deutschland, Großbritannien und Spanien. In Deutschland verdoppelte sich der Anteil von 13 auf 26 Prozent.

Schlüsselt man die deutschen Daten nach der Anzahl der Kinder pro Frau auf, so kommen heute bestimmte Familientypen weniger oft vor (Abbildung 6). Es ist daher überraschend, dass die Kohortenfertilität im Betrachtungszeitraum nur moderat um knapp 8 Prozent von 1,79 auf 1,65 zurückging. Die Analyse zeigt, dass die Kinderzahl in den kinderreichen Familien den Rückgang zum Teil aufgefangen hat. Bei der in der Statistik ausgewiesenen Kennziffer „Frauen mit vier und mehr Kindern“ haben Frauen des Jahrgangs 1945 durchschnittlich 4,6 Kinder, der Frauenjahrgang 1960 hat 5,4 Kinder. In Deutschland findet eine Polarisierung der Familienstrukturen statt.

Abbildung 6

Entwicklung der Familienstrukturen in Deutschland

- Anteile der Frauen nach Anzahl der Kinder in Prozent -



Quelle: Birg, 2001.

In Ländern mit stark rückläufiger Fertilität – in Irland nahm die Kohortenfertilität der Jahrgänge 1945 bis 1960 um 27 Prozent auf 240 Kinder je 100 Frauen ab, in Spanien um 28 Prozent auf 174, in den USA um 22 Prozent auf 191 und in Italien um 20 Prozent auf 164 – ist zu beobachten, dass sowohl die Anzahl der Kinder in den Großfamilien (vier und mehr Kinder) als auch der Anteil der Großfamilien ständig abnehmen. So hat sich der Anteil der Großfamilien mit vier und mehr Kindern in den genannten Ländern stark vermindert: In Italien sank beim Vergleich der Frauenjahrgänge 1945 und 1960 der Anteil von 7 auf 3 Prozent, in Irland von 40 auf 22 Prozent, in den USA von 20 auf 11 Prozent und in Spanien sogar von 20 auf 4 Prozent.

Neben Deutschland blieb der Anteil der Großfamilien noch in Großbritannien, Frankreich und Norwegen relativ stabil. Während sich in Großbritannien ein ähnliches Verschiebungsmuster wie in Deutschland zeigt, weisen die beiden letztgenannten Länder insgesamt stabile Familienstrukturen auf: Etwa 40 Prozent der französischen und norwegischen Frauen der Jahrgänge von 1945 bis 1960 entschieden sich für zwei Kinder, 20 bis 25 Prozent für drei Kinder, vier und mehr Kinder bekamen etwa 10 Prozent der Frauen. Auch der Anteil der Kinderlosen ist mit zirka 10 Prozent konstant geblieben.

Tabelle 2

Familienstrukturen im internationalen Vergleich

- Anteile der Frauen nach Anzahl der Kinder in Prozent -

	Keine Kinder	Ein Kind	Zwei Kinder	Drei Kinder	Vier und mehr Kinder
Frauenjahrgang 1945					
Deutschland	13	30	35	14	8
Italien	10	19	41	23	7
Spanien	6	10	36	28	20
Frankreich	9	20	37	21	13
Irland	6	12	16	26	40
Norwegen	9	12	41	29	9
USA	11	13	33	23	20
Großbritannien	10	13	43	22	12
Frauenjahrgang 1960					
Deutschland	26	22	32	12	8
Italien	15	25	42	15	3
Spanien	11	26	46	13	4
Frankreich	10	18	40	22	10
Irland	15	11	26	26	22
Norwegen	11	15	40	25	9
USA	19	16	35	19	11
Großbritannien	19	12	39	20	10

Quelle: Eurostat, 2001; Insee, 2002.



Abschließend ist festzustellen, dass sich die grundsätzliche Entscheidung für oder gegen eine Familie in den vergangenen Jahrzehnten in Deutschland zu-
lasten der Familie verschoben hat. Der deutliche Rückgang der Ein-Kind-
Familie und der Anstieg der Kinderlosigkeit weisen in die eine Richtung,
während etwa 8 Prozent der Frauen sich andererseits für eine große Kinder-
zahl entscheiden, die aber den Rückgang der Geburten durch die steigende
Kinderlosigkeit nicht kompensieren kann. Da keine weiteren Daten zur
Identität der Großfamilien vorliegen, ist es schwer abzuschätzen, ob
Deutschland diesen Sonderweg auch in Zukunft fortsetzen oder ob sich die
hohe Kinderlosigkeit in einem erneuten Absinken der Fertilitätsraten wider-
spiegeln wird.

Die weltweite Zunahme der Kinderlosigkeit und der in vielen Staaten zu beobachtende starke Rückgang von Großfamilien werfen Fragen nach der Zukunft der Gesellschaften auf. Zumindest in Deutschland ist die Schrumpfung und Alterung der Bevölkerung realistischere Weise in den nächsten 50 Jahren bereits unabwendbar. Die Politik wird sich daher zunächst der Herausforderung annehmen müssen, die Sozial- und Bildungssysteme auf diesen Wandel vorzubereiten und „demographiefest“ umzugestalten. Davon wird weitgehend abhängen, ob die Zunahme des Lebensalters weiterhin als positiv empfunden und der Lebensabend in Wohlstand genossen werden kann oder ob Verteilungskämpfe und Generationenkonflikte die Gesellschaft prägen werden. Darüber hinaus stellt sich aber auch die Frage, ob niedrige Geburtenraten mit all ihren Konsequenzen auf Dauer für die Gesellschaft insgesamt akzeptabel und gewollt sind. Ein Vergleich mit den Verhältnissen in anderen Ländern könnte helfen, die Auswirkungen der Ausgestaltung der Arbeitswelt, der Steuersysteme und der Politik auf die Familie zu prüfen und Alternativen für familienfreundlichere Rahmenbedingungen aufzuzeigen.

Februar 2003

Nicola Dickmann

Literatur:

Aglietta, Michel / Blanchet, Didier / Héran, Francois, 2002, *Démographie et économie*, Paris.

Becker, Gary S., 1996, *Familie, Gesellschaft und Politik – die ökonomische Perspektive*, Tübingen.

Berkel, Barbara / Börsch-Supan, Axel u. a., 2002, *Sind die Probleme der Bevölkerungsalterung durch eine höhere Geburtenrate lösbar?*, Mannheim.

Birg, Herwig, 2001, *Die demographische Zeitenwende. Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa*, München.

Birg, Herwig / Flöthmann, E.-Jürgen, 1996, *Entwicklung der Familienstrukturen und ihre Auswirkungen auf die Belastungs- bzw. Transferquotienten zwischen den Generationen*, Bielefeld.

Birg, Herwig u. a., 1998, *Simulationsrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung in den alten und neuen Bundesländern im 21. Jahrhundert*, Bielefeld.

- Deutscher Bundestag (Hrsg.), 2002, Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages "Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik", Schlussbericht, Bundestags-Drucksache, Nr. 14/8800, Berlin.
- Dorbritz, Jürgen / Gärtner, Karla, 1999, Berechnungen zur Kinderlosigkeit am BiB – methodische Probleme und Ergebnisse, in: BiB-Mitteilungen, 20. Jg., Nr. 2, S. 13-15.
- Eurostat, 2001a, Europäische Sozialstatistik Bevölkerung 2001, Luxemburg.
- Eurostat, 2001b, Die demographischen Folgen der Aufnahme von zwölf Beitrittsländern für die EU, in: Statistik kurz gefasst, Thema 3-12, Luxemburg.
- Guengant, Jean-Pierre, 2002, The proximate determinants during the fertility transition, in: United Nations Population Division (Hrsg.), Completing the fertility transition, New York, S. 308-329.
- Lohkamp-Himmighofen, Marlene, 1999, Familienpolitische Maßnahmen bei Mutterschaft und der Erziehung von Kleinkindern in den Mitgliedstaaten der EU, Norwegen und der Schweiz, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 24. Jg., Nr. 1, S. 47-64.
- Paul, Pamela, 2001, Childless by Choice, in: American Demographics Magazine, v. 12. November, Online-Datenbank: www.inside.com.
- Schulz, Erika, 1999, Zur langfristigen Bevölkerungsentwicklung in Deutschland, Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Nr. 42, S. 745-757.
- Schwarz, Karl (1999a), Bedeutung des Haushaltseinkommens für die Zahl der Kinder der Ehen mit abgeschlossener Familienbildung in den alten Bundesländern 1997, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 24. Jg., Nr. 3, S. 365-370.
- Schwarz, Karl (1999b), Bedeutung der Berufsbildungsabschlüsse für Verheiratung und Kinderzahl der Frauen und Männer in den alten Bundesländern, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 24. Jg., Nr. 2, S. 213-220.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.), 2000, Bevölkerungsentwicklung Deutschlands bis 2050, Ergebnisse der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden.
- United Nations (UN), 1998, World Population Projections to 2150, Department of Economic and Social Affairs, New York.
- United Nations (UN), 2000, Replacement Migration: Is it a solution to declining and ageing populations?, Population Division, New York, www.un.org/esa/population/unpop.htm
- United Nations (UN), 2001, World Populations Prospects: The 2000 Revision, Department of Economic and Social Affairs, New York.
- U.S. Bureau of the Census, 1996, Current Population Reports. Population Projections of the United States by Age, Sex, Race and Hispanic Origin: 1995 to 2050, Washington, DC.
- U.S. Bureau of the Census, 2003, Online-Datenbank: www.census.gov/ipc/.
- Van de Kaa, Dirk J., 1997, Verankerte Geschichten: Ein halbes Jahrhundert Forschung über die Determinanten der Fertilität – die Geschichte und Ergebnisse, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 22. Jg., Nr.1, S. 3-57.

Demographic Change: Fertility Rates in International Comparison

Germany's population will decrease significantly over the next decades. After 30 years of low level fertility rates and a steady increase in life expectancy, migration can no longer compensate the tendency towards a shrinking and ageing society. An analysis of international fertility rates reveals significant differences in reproductive behaviour between Germany and other industrialised countries. Germany has the highest percentage of childless women and in addition to that the share of women with only one child is decreasing. While this can be considered as a prominent example of the international trend towards fewer children, the stable share of women with four and more children and the growing number of children in big families cannot. The overall stability of Germany's total fertility rates therefore disguises a growing polarisation between parents and singles.

iw-focus